

Ergebnisse des Runden Tisches der Solothurner Handelskammer zur Frankenstärke

## Frankenstärke: Sofortmassnahmen umsetzen, Zukunft anpacken!

Mit der Aufhebung der Euro-Mindestgrenze und der anschliessenden abrupten Aufwertung des Schweizer Frankens sind zahlreiche Solothurner Betriebe gewaltig unter Druck geraten. In dieser herausfordernden Situation sind primär die Unternehmerinnen und Unternehmer gefordert, welche aktuell mit Hochdruck daran arbeiten, kostensenkende Massnahmen umzusetzen. Zur Bewältigung der aktuellen Währungskrise müssen aber alle ihren Beitrag leisten. Wirtschaft, Politik und Verwaltung müssen pragmatisch miteinander arbeiten. Um für notwendige Massnahmen Mehrheiten zu finden, ist zudem ein Schulterschluss der bürgerlichen, wirtschaftsnahen Kräfte notwendig.

Zur Sicherung der unmittelbaren Zukunft wurden am Runden Tisch der Solothurner Handelskammer Sofortmassnahmen für die kantonale Politik formuliert. Zudem wurden für die mittel- und langfristige Sicherung des Produktionsstandortes Kanton Solothurn Stossrichtungen und Lösungsansätze definiert, welche heute angegangen werden müssen, damit sie ihre Wirkung in der mittleren und längeren Frist entfalten können.

## Gemeinsames Miteinander als Grundvoraussetzung

Die Frankenstärke stellt die Industrie vor grosse Herausforderungen. Mit der Aufhebung der Euro-Mindestgrenze sind die Produkte im Euroraum für in der Schweiz produzierende Unternehmen auf einen Schlag um rund 15 Prozent teurer geworden. Um wettbewerbsfähig bleiben zu können, haben die meisten Unternehmen begonnen kostensenkende Massnahmen umzusetzen. Zur Bewältigung der aktuellen Währungskrise müssen aber alle ihren Beitrag leisten. Deshalb sind auch Politik und Verwaltung gefordert, ihren Beitrag zu leisten und Massnahmen zu definieren, welche die Unternehmen kurz-, mittel- und langfristig entlasten.

### Für ein pragmatisches Miteinander von Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Für einen starken Wirtschaftsstandort Kanton Solothurn braucht es die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Unternehmen. Auch wenn die Rollen unterschiedlich sind, müssen doch alle am gleichen Strick ziehen. Dies ist im Kanton Solothurn leider nicht immer der Fall. Es besteht eine Diskrepanz zwischen der deklarierten Wirtschaftsfreundlichkeit und dem effektiven Handeln. Deshalb braucht es vermehrt pragmatisch handelnde Behörden, eine kundenorientierte Verwaltung, einen effizienten Staat und das Bestreben voneinander zu Lernen und einander besser zu verstehen.

### Bürgerlicher Schulterschluss im Kanton notwendig

Für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen, mit welchen die Solothurner Unternehmen ihre Qualitäten entfalten und Spitzenleistungen weiterhin erbringen können, braucht es einen Schulterschluss der wirtschaftsfreundlichen politischen Kräfte. Als Voraussetzung für eine wirtschaftsfreundliche Politik wird auch ein regelmässiger Austausch zwischen (bürgerlichen) PolitikerInnen und UnternehmerInnen gefordert, damit die Politik ungefiltert und aus erster Hand erfährt, wo in der Wirtschaft der Schuh drückt.

## Sofortmassnahmen im Kanton Solothurn

Im Rahmen des runden Tisches der Solothurner Handelskammer zum Thema «Frankenstärke» haben Unternehmerinnen und Unternehmer sowie die Partei- und Fraktionsspitzen der bürgerlichen Parteien des Kantons Solothurn einen Massnahmenkatalog erarbeitet, wie die kantonale Politik die Unternehmen entlasten kann. Es wurden dabei primär Massnahmen aufgenommen, welche für die Unternehmen unmittelbar kostensenkende Wirkungen entfalten. Dabei wurden auch Massnahmen aufgenommen, welche einer Investition bedürfen, jedoch die Unternehmen und die Staatskasse nach kurzer Zeit entlasten.

Der Katalog umfasst **15 Einzelmassnahmen** in drei Kategorien. Es wurden 4 Massnahmen zum «**Abbau von Bürokratie & administrativen Hürden**», 8 Massnahmen «**Entlastung für Unternehmen bei Steuern & Gebühren**» und 3 «**Flankierende Massnahmen**» in den Forderungskatalog aufgenommen.

### 1. Abbau von Bürokratie & administrativen Hürden

Durch den Abbau von Bürokratie und administrativen Hürden sollen Verfahren vereinfacht, gekürzt und gestrafft werden. Dies führt dazu, dass sich die Kosten bei den Unternehmen für die Behördenzusammenarbeit reduziert. Als positiver Nebeneffekt sinken dabei auch die Aufwände für die Staatskasse.

#### - **Massnahme 1.1: E-Government sofort einführen**

Mit der flächendeckenden Einführung von E-Government für möglichst alle Prozesse können bei den Unternehmen Kosten gesenkt (weniger Administrationsaufwand) und die Flexibilität erhöht (keine Schalteröffnungszeiten) werden. Erste Vorarbeiten wurden mit der Modernisierung des kantonalen Web-Auftritts im Januar 2015 schon unternommen. Bei der Einführung von E-Government ist dabei pragmatisch vorzugehen. Es darf nicht zu Steuererhöhungen führen und die Umsetzung muss so gestaltet sein, dass sie einen betriebswirtschaftlich sinnvollen ROI aufweist.

#### - **Massnahme 1.2: «One-Stop-Shop» endlich realisieren**

Für Anliegen an die Verwaltung soll ein «One-Stop-Shop» eingeführt werden. Zumindest prüfenswert wäre dabei auch die Idee, dass ein Unternehmen einen Ansprechpartner für alle Anliegen in der Verwaltung hat (Key Account Management Ansatz). Der neue Managementansatz ist mit dem bestehenden Personalbudget umzusetzen.

#### - **Massnahme 1.3: Lohnmeldepflicht abschaffen**

Die Lohnmeldepflicht, deren Wirkung sehr umstritten ist, soll abgeschafft werden. Sofortmassnahme ist zumindest eine Anpassung der Fristen vorzunehmen (Februar statt Januar).

#### - **Massnahme 1.4: Bewilligungsverfahren für Schichtbetriebe vereinfachen**

Der Drei- oder gar Vier-Schichtbetrieb ist bei einem hohen Automatisationsgrad mit teuren Maschinen unabdingbar für erfolgreiches Wirtschaften. Hier ist von den Behörden mehr Flexibilität bei der kurzfristigen Bewilligung von Mehrschichtbetrieben (z.B. Änderung von drei auf vier Schichten) gefordert.

### 2. Entlastung für Unternehmen bei Steuern & Gebühren

Die zweite Kategorie von Massnahmen beschäftigt sich mit Entlastungen für Unternehmen durch geringere kantonale Abgaben:

#### - **Massnahme 2.1: Grosszügige Abschreibungspraxis**

Viele Unternehmen hatten 2014 ein gutes Jahr und erwarten 2015 ein sehr schwieriges Jahr. Mit dem bedeutenden Ereignis nach Bilanzstichtag soll die Regierung / der Kantonsrat bei Abschreibungen und Rückstellungen im Geschäftsjahr 2014 grosszügig sein. Die heute nur noch in Ausnahmefällen (sehr volatile Währungen) bewilligte Währungsschwankungsreserve soll für den Euro zugelassen werden.

- **Massnahme 2.2: Steuerbegleichung in Euro prüfen**  
Es ist zu prüfen, ob es Exportbetriebe, die Ihre Bücher in Euro führen, auch die Steuern in Euro begleichen können. Dabei sind die Auswirkungen für Staat und Unternehmen vorgängig zu prüfen.
- **Massnahme 2.3: Steuererleichterungen für ausbildende Betriebe**  
Für Unternehmen, welche sich an der Lehrlingsausbildung beteiligen, sollen die Kosten der Lehrlingsausbildung doppelt von der Steuer absetzbar sein.
- **Massnahme 2.4: Steuererleichterungen für Forschung und Entwicklung**  
Unternehmen sollen 200 Prozent ihrer Forschungs- und Entwicklungsausgaben von den Steuern abziehen können.
- **Massnahme 2.5: Moratorium für kantonale Abgaben und Gebühren**  
Als Sofortmassnahme soll ein Moratorium für neue kantonale Gebühren und Abgaben eingeführt werden, wenn sie die juristischen Personen betreffen. Dazu gehören auch Gebühren und Abgaben im Energiebereich.
- **Massnahme 2.6: Senkung von Gebühren**  
Die für Unternehmen relevanten kantonalen Gebühren sollen gesenkt und die Leistungen dahinter gestrafft werden.
- **Massnahmen 2.7: BVG-Stiftungsaufsicht: Reduktion der Aufsichtsaufgaben**  
Die Kontroll- und Prüfverfahren sind bei der BVG-Aufsicht mittlerweile zu umfangreich und zu teuer geworden. Obwohl fast alles von externen Gutachtern schon vorgeprüft ist, wird alles von den Behörden nochmals geprüft (Doppelprüfungen). Bei der Erfüllung des Gesetzesauftrags sind die Prüfer überkorrekt und zu wenig pragmatisch, was zu hohen Kosten führt.
- **Massnahme 2.8: Produktivitätssteigerungen in Verwaltung und staatsnahen Betrieben**  
Im Vergleich zur Wirtschaft sind der Staat und die staatsnahen Betriebe in den letzten 20 Jahren überdurchschnittlich gewachsen. Mit der wachsenden Finanzierung der Staatsausgaben werden der Privatwirtschaft Mittel entzogen. Dieser Trend soll gebrochen und rückgängig gemacht werden. Konkret sollen die Staatsausgaben inkl. Löhne für das Staatspersonal in einem ersten Schritt plafoniert werden. Dazu gehört auch ein Einstellungsstopp resp. eine Plafonierung der vollzeitäquivalenten Stellen (FTE). Die Schritte betreffend Personal sind wohl nur mit einer Überprüfung, Anpassung oder Kündigung des GAV's möglich. Umgehungen der Plafonierung durch vermehrte Drittaufträge sind mit geeigneten Mitteln zu verhindern.

### 3. Flankierende Massnahmen

Parallel zu Massnahmen, welche administrative Abläufe vereinfachen und Unternehmen von Abgaben befreien, werden flankierend drei weitere Forderungen gestellt:

- **Massnahme 3.1: Spielraum beim Öffentlichen Beschaffungswesen ausreizen**  
Kantone und Gemeinden sollen prioritär in der Region beschaffen. Dies ist im Rahmen des geltenden Rechts, unter Anwendung der „richtigen“ Kriterien-Gewichtung bereits heute möglich. Es wird kein Heimatschutz gefordert, aber alle Wettbewerber sollen gleich lange Spiesse haben. So muss bei Ausschreibungen z.B. sichergestellt werden, dass die ausländischen Wettbewerber die gleichen Umwelt- und Sozialauflagen erfüllen müssen wie die inländischen.
- **Massnahme 3.2: Rechtssicherheit für Lohnzahlungen in Fremdwährungen schaffen**  
Aktuell fehlt eine klare Rechtsgrundlage, ob Lohnzahlungen in Euro erlaubt sind. Die Legislative soll in diesem Sinne die Rechtssicherheit wieder herstellen.
- **Massnahme 3.3: Kurzarbeit als gutes Instrument beibehalten**  
Kurzarbeit soll mit Frankenstärke als Begründung beibehalten werden.

## Mittel- und langfristige Sicherung des Produktionsstandortes Solothurn

Während die oben aufgeführten Sofortmassnahmen als unmittelbare Hilfestellungen für Unternehmen zu verstehen sind, zielen die nachfolgenden Forderungen auf die mittel- und langfristige Sicherung des Produktionsstandortes Kanton Solothurn ab. Es handelt sich dabei um Lösungsansätze, welche heute angegangen werden müssen, damit sie mittel- und langfristig ihre Wirkung entfalten können. Die mittel- und langfristigen Ansätze lassen sich dabei in 5 Stossrichtungen kategorisieren.

### Stossrichtung A: Schlanker Staat: Reduktion der Staatskosten für weniger Abgaben

- **Lösungsansatz A1: Steuersenkungen im Hinblick auf die Unternehmenssteuerreform III**  
Die Steuern für juristische Personen sollen insbesondere im Hinblick auf die Unternehmenssteuerreform III schrittweise gesenkt werden.
- **Lösungsansatz A2: Steuer-Abschreibungspraxis lockern**  
Die zunehmende Unsicherheit (Globalisierung, Krisen, Bilaterale, etc.) verlangt allgemein nach einer grosszügigeren Abschreibungspraxis, damit die Unternehmen ihre Entwicklung „glätten“ können.
- **Lösungsansatz A3: Steuerklima verbessern**  
Das Steuerklima soll verbessert werden. Die Auslegungspraxis soll wirtschaftsfreundlicher, partnerschaftlicher und personenunabhängiger (Rechtssicherheit) werden.
- **Lösungsansatz A4: Subventionen zurückfahren**  
Abschaffung der kantonalen Subventionierung im Energiebereich. Reduktion der Subventionierung in der Landwirtschaft um mindestens 10 Prozent.
- **Lösungsansatz A5: Kantonsbeiträge für die FHNW mit geeigneten Mitteln plafonieren**  
Auf die Kostenentwicklung der Fachhochschule muss ein besonderes Augenmerk gelegt werden.
- **Lösungsansatz A6: Kosten für Soziales dämpfen**  
Ein wesentlicher Kostentreiber des Staates sind die Kosten für Soziales. Hierzu sind Ergänzungsleistungen und die Sozialregionen auf den Prüfstand zu stellen.
- **Lösungsansatz A7: Effizienzsteigerungen in der Verwaltung erreichen**  
Kostspielige und aufwändige Behördenprozesse müssen vereinfacht werden. Mit einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess (KVP) bei den Ämtern soll die Verwaltung effizienter gemacht werden. Das System der Wirkungsorientierten Verwaltung (WOV) soll kritisch auf Effizienz-Tauglichkeit geprüft werden. Dank den Produktivitätssteigerung sollen die Staatsausgaben gesenkt und Stellen reduziert werden.

### Stossrichtung B: Administration & Bürokratie: So wenig wie möglich, so viel wie nötig

- **Lösungsansatz B1: Bürokratie-Bremse durchsetzen**  
Alle bestehenden und neuen Gesetze und Vorschriften für Unternehmen sollen auf Notwendigkeit überprüft werden. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Bürokratie bei Kontrollen zur Gesetzeseinhaltung zu legen.
- **Lösungsansatz B2: Wirtschaftsverträglichkeit von Gesetzen prüfen**  
Die Wirtschaftsverträglichkeit von Gesetzen ist zu überprüfen und falls eine Limite nicht erfüllt ist, soll das Gesetz automatisch abgelehnt werden (Verfassungsartikel als Basis).
- **Lösungsansatz B3: Unterstützung bei Arbeitsbewilligungen bieten**  
Die Unternehmen wünschen sich von der Verwaltung Unterstützung beim Einstellen von ausländischen Mitarbeitenden (z.B. Bewilligungsverfahren, Eingliederung der Kinder in die Schule, etc.).

## **Stossrichtung C: Infrastrukturen & Raumplanung: Möglichkeiten ausschöpfen**

- **Lösungsansatz C1: Spielräume in der Raumplanung ausnutzen**  
Gebiete für wirtschaftliche Entwicklung sollen ausgeschieden und mit bevorzugten Konditionen hinsichtlich Bewilligungsverfahren, etc. versehen werden. Es wird eine kantonale Siedlungsstrategie gefordert, welche die Bedürfnisse der Unternehmen besser berücksichtigt und Erweiterungen und Neuansiedlungen nicht verhindert.
- **Lösungsansatz C2: Baugesetzgebung verbessern**  
Verfahren sind zu beschleunigen. Durch verbindliche Fristen (auch für Behörden) soll mehr Rechtssicherheit und Verlässlichkeit geschaffen werden.
- **Lösungsansatz C3: Infrastrukturen stärken**  
Für den Kanton Solothurn sind primär gute Verkehrsnetze wichtig. Um die Verkehrssituation des Kantons zu verbessern, wird ein zügiger und grosszügiger Ausbau der Autobahn A1 gefordert. Zudem soll die Realisation des Ausbaus des Regionalflughafens in Grenchen ermöglicht werden.

## **Stossrichtung D: Bildung und Innovation: Fachkräfte und angewandte Forschung**

- **Lösungsansatz D1: Innovationen fördern**  
Es wird eine aktive Innovations-Politik gefordert. Dabei sind die folgenden Ideen einer genaueren Prüfung zu unterziehen: Start-Up-Plätze schaffen & Start-Up-Unternehmen gezielt fördern; Innovationsgesetz (z.B. Belohnung für Innovationen durch Steuer- oder Gebührenerlass); Staatsfonds zur Finanzierung von Innovationen von KMU; Verbesserung des Wissens- und Technologietransfers (WTT) durch bessere Vernetzung zwischen Unternehmen und Forschungsinstitutionen; Beteiligung an Innovationsparks.
- **Lösungsansatz D2: Bildungsoffensive für genügend Fachkräfte**  
Der Lehrplan 21 soll wirtschaftsfreundlich umgesetzt werden. Es gilt, die Befähigung der Sek-Abgänger für die Lehre zu verbessern (praxistauglicher). Zudem sollen ausbildende Betriebe unterstützt und die Ausbildung von Erwachsenen (z.B. Nachholbildung) gefördert werden.

## **Stossrichtung E: Standortpolitik: Standort stärken und vermarkten**

- **Lösungsansatz E1: USP's schaffen**  
Das Standort-Marketing des Kantons Solothurns ist mit den bestehenden Mitteln zu verbessern, um die Standortvorteile des Kantons aufzuzeigen. Beispielsweise sollen USP's innerhalb der Schweiz geschaffen werden (z.B. „Die schnellste Verwaltung der Schweiz!“). Leuchttürme sollen hervorgehoben werden.